

201

# Memorial

des

Großherzogthums Luxemburg.



# MEMORIAL

DU

GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG

Erster Theil.

Acte der Gesetzgebung  
und der allgemeinen Verwaltung.

N<sup>o</sup> 20.

PREMIÈRE PARTIE.

ACTES LÉGISLATIFS  
ET D'ADMINISTRATION GÉNÉRALE.

Donnerstag, 14. Juni 1866.

Jeudi, 14 juin 1866.

Königl. Großh. Beschluß vom 30. Mai 1866, wodurch das Disciplinar-Reglement für die Beamten der Zoll-Verwaltung vom 29. November 1855 ergänzt wird.

Wir Wilhelm III, von Gottes Gnaden König der Niederlande, Prinz von Oranien-Nassau, Großherzog von Luxemburg, etc., etc., etc.;

haben,

In Gemäßheit des Separat-Artikels 9 zu dem Vertrage vom 8. Februar 1842 über den Anschluß des Großherzogthums Luxemburg an den Zollverein unter II. 4, und zur Ergänzung der Bestimmungen in den Artikeln 39 bis 42 und 61 des Disciplinar-Reglements vom 29. November 1855;

Auf den Bericht Unseres General-Directors der Finanzen und nach Einsicht der Berathung Unseres Regierungs-Conseils;

Nach Anhörung des Staatsraths;

Beschlossen und beschließen :

Art. 1.

In allen Fällen, in welchen es darauf ankommt, einen auf Präsentation der Königlich Preussischen Regierung angestellten Zollbeamten auf Grund des Art. 40 des Disciplinar-Reglements vom 29. November 1855 vom Amte zu suspendiren, bedarf es hierzu der vorherigen Zustimmung des Königlich Preussischen Finanz-Ministeriums.

Art. 2.

In den in den Art. 39 und 42 des Disciplinar-Reglements vom 29. November 1855 vorgesehenen Fällen soll, wenn es sich um einen auf Präsentation der Königlich Preussischen Regierung angestellten Zollbeamten handelt, von der von rechtswegen eingetretenen Suspension desselben vom Amte beziehungsweise von der Verfügung, durch welche demselben die Ausübung der Amtsverrichtungen vorläufig untersagt worden, dem Königlich Preussischen Finanz-Ministerium unverzüglich Mittheilung gemacht werden, um seine Zustimmung nachträglich zu ertheilen.

1.

20

Art. 3.

Unser General-Director der Finanzen ist mit der Vollziehung dieses Beschlusses beauftragt, welcher in das „Memorial“ eingebracht werden soll.

Saag, den 30. Mai 1866.

Für den König Großherzog:  
Dessen Statthalter im Großherzogthum,  
**Heinrich,**  
Prinz der Niederlande.

Durch den Prinzen, Statthalter des König Großherzogs:  
Der Cabinets-Sekretär  
für die Luxemburgischen Angelegenheiten,  
G. D'OLIMART.

Der General-Director der Finanzen,  
E. SIMONS.

Beschluß, wodurch die Veröffentlichung der  
Instruction in Betreff des bei Wasserbau-  
Concessionen in Grenzflüssen zu beobachtenden  
Verfahrens angeordnet wird.

Der Staats-Minister, Präsident  
der Regierung;

Befiehlt:

Das zwischen der Staats-Regierung des Groß-  
herzogthums und der Königlichen Regierung des  
Bezirks Trier vereinbarte Verfahren bei Instru-  
irung von Wasserbau-Concessionen in Luxemburgisch-  
Preussischen Grenzflüssen soll durch das „Memo-  
rial“ veröffentlicht werden, um vom 1. Juli 1866  
ab in Wirksamkeit zu treten.

Luxemburg den 8. Juni 1866.

Der Staatsminister, Präsident der  
Regierung,  
Baron B. de Tornaco.

Arrêté portant publication du règlement relatif à  
l'instruction des demandes en concession sur  
les cours d'eau formant limite entre le Grand-  
Duché et la Prusse.

LE MINISTRE D'ÉTAT, PRÉSIDENT DU GOU-  
VERNEMENT;

Arrête:

Le règlement concerté entre le Gouvernement  
grand-ducal et la Régence royale de Trèves pour  
l'instruction des demandes en concession sur les  
cours d'eau qui forment limite entre le Grand-  
Duché et la Prusse, sera publié par la voie du  
Mémorial, à fin d'exécution à partir du 1<sup>er</sup> juillet  
1866.

Luxembourg, le 8 juin 1866.

Le Ministre d'Etat, Président  
du Gouvernement,  
Baron V. DE TORNACO.

Instruction in Betreff des bei Wasserbau-Concessionen in Grenzflüssen  
zu beobachtenden Verfahrens.

Die Königlich-Großherzoglich Luxemburgische Regierung und die Königlich-  
Preussische Regierung zu Trier,

In Erwägung, daß das bis jetzt bei Instruierung der Wasserbau-Concessionen in Grenzflüssen

beobachtete Verfahren Anlaß zu Weiterungen gegeben hat und auch dem Sinne und dem Wortlaute des Artikels 27 des Staatsvertrags vom 26. Juni 1846, welcher eine Mitwirkung und Zustimmung beider Regierungen für jedes einzelne Concessionsgesuch voraussetzt, nicht entsprechen dürfte;

Von dem Wunsche geleitet, in der Zukunft einen gleichförmigen Geschäftsgang zu befolgen;

Sind übereingekommen, folgende Anweisungen ihren respectiven Unterbehörden zur Beachtung zuzufertigen:

§ 1. — Derjenige, welcher eine Concession zur Errichtung einer Stauanlage oder Bewässerungsanlage in einem Grenzflusse beantragt, hat sein desfallsiges Gesuch unter Beifügung der Beschreibungen und Zeichnungen, sämmtlich in triplo, an die Regierung des Landes zu richten, in welchem er ansässig ist.

§ 2. — Diese Regierung macht sofort der andersonseitigen Regierung Mittheilung von dem Gesuche, indem sie derselben eine Abschrift davon nebst Copie der zur Erläuterung dienenden Pläne, Zeichnungen und Beschreibungen zufertigt.

§ 3. — Das administrative Verfahren wird darnach in den beiderseitigen theilhaftigen Gemeinden nach Maßgabe der in jedem Lande geltenden Vorschriften eingeleitet.

§ 4. — Ist das administrative Verfahren in den Gemeinden beendet, so werden die Acten den betreffenden Baubehörden zur Verfügung gestellt.

§ 5. — Jede Regierung macht der andern Regierung Mittheilung von dem Namen, Wohnort und Wirkungskreis derjenigen Beamten der Bauverwaltung, welche speciell mit der Instruierung von Wasserbau-Concessionen beauftragt sind.

§ 6. — Diese Beamten setzen sich nunmehr in directe Verbindung, um sich über Tag und Stunde zu verständigen, an welchem sie an Ort und Stelle die Untersuchung gleichzeitig vornehmen werden.

§ 7. — Das Resultat der Untersuchung und die desfallsigen Vorschläge werden den betreffenden Regierungen zur Entscheidung vorgelegt.

§ 8. — Sind die beiderseitigen Regierungen der übereinstimmenden Ansicht die Concession zu bewilligen, so wird die darauf bezügliche Acte von jeder der theilhaftigen Regierungen ausgestellt und jede Acte enthält die Bemerkung, daß die Concession unter Zustimmung und Mitwirkung der andern Regierung ertheilt worden ist.

§ 9. — Sind die Regierungen verschiedener Ansicht und kann darüber eine Einigung nicht erzielt werden, so kann die Concession einseitig nicht erfolgen.

§ 10. — Jede Concession wird dem Concessionar von derjenigen Behörde, bei welcher er dieselbe nachgesucht hat, erst dann eingehändigt, wenn er die Quittung über die Bezahlung der beiderseitig ergangenen Kosten (inclusive eines für die demnächstige Nachrevison, § 12 festzusetzenden Vorschusses) vorlegt.

§ 11. — Der Concessionar ist verpflichtet, sofort nach Vollendung der Bauanlage derjenigen Regierung in deren Bezirk er ansässig ist, Anzeige zu machen.

§ 12. — Diese Regierung hat dem betreffenden Baubeamten ihres Bezirks hiervon Kenntniß zu geben, welcher seinerseits in gleicher Weise, wie in § 6 vorgesehen, durch directe Communication mit dem jenfeitigen betreffenden Baubeamten eine gemeinschaftliche Untersuchung der Bauanlage behufs Constatirung der Uebereinstimmung zwischen der Ausführung und der Concession zu veranlassen und vorzunehmen hat. Das Resultat dieser Untersuchung ist den betreffenden beiden Regierungen vorzulegen.